

Senioren-Union
Antrag an den 28. Bundesparteitag der CDU
Beschlussvorlage



Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 1

Angleichung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, das Niveau der Renten in Ostdeutschland zum
3 frühestmöglichen Zeitpunkt an das Westniveau anzupassen. Der von der Bundesregierung
4 fixierte Zeitplan muss vorgezogen werden: Die Prüfung inwieweit sich der
5 Angleichungsprozess vollzogen hat, soll zum 1. März 2016 erfolgen, um darauf aufbauend
6 mit Wirkung vom 1. Juli 2016 eine forcierte Teilangleichung zu vollziehen. Selbst nach 25
7 Jahren Deutscher Einheit sind West und Ost bei der Rente immer noch geteilt – Auch diese
8 Ungleichheit gilt es auf schnellstem Wege abzuschaffen.

9

10

11 Hinweis:

12 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
13 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundsvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 2

Rechtsanspruch auf einen Tagespflegeplatz

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU setzt sich dafür ein, dass ein Rechtsanspruch auf einen Tagespflegeplatz
3 gesetzlich verankert wird.

4 Viele Menschen pflegen Angehörige, Freunde und Bekannte zu Hause in den eigenen vier
5 Wänden und sind oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Es ist nachvollziehbar, dass die
6 meisten Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben und auch – so
7 weit möglich – gepflegt und versorgt werden wollen. Ein Rechtsanspruch auf einen
8 Tagespflegeplatz würde dabei helfen, Älteren tagtäglich professionelle Pflege zu
9 gewährleisten und die Familien, Freunde und Bekannte, die dies sonst zu Hause tun
10 müssten, zu entlasten, insbesondere diejenigen, die berufstätig sind.

11 Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz hat die Bundesregierung die Leistungen für
12 Pflegebedürftige und ihre Angehörige zum 1. Januar 2015 ausgeweitet. Dass Menschen,
13 die alte oder kranke Angehörige pflegen, nun im Bedarfsfall zehn Tage im Beruf aussetzen
14 können und für diesen Zeitraum bis zu 90 Prozent ihres Einkommens erhalten, ist ein
15 Schritt in die richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus. Ziel der Politik sollte sein,
16 Angehörige dauerhaft zu entlasten. Dies wäre durch einen Rechtsanspruch auf einen
17 Tagespflegeplatz gegeben, analog zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für
18 Unterdreijährige.

19 Es liegt im Interesse älterer Menschen, aber auch im Interesse der Gesellschaft, dass auch
20 volkswirtschaftlich sinnvolle Lösungen für die Pflege von Älteren gefunden werden. Der
21 Aufenthalt in Altersheimen ist erheblich teurer für den Steuerzahler als Tagespflegeplätze.
22 Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf einen Tagespflegeplatz und den Ausbau

23 von Tagespflegeplätzen, der in vielen Fällen Voraussetzung dafür ist, dass ältere Menschen
24 nicht in ein Altersheim müssen.

25

26

27 Hinweis:

28 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
29 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

30

31

32 **Zum Antrag der Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen folgender Hinweis:**

33

34 **Der Antrag Nr. 2 der Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen ist in der Sachfrage**
35 **durch bereits geltende Rechtslage erledigt:**

36

37 Nach SGB Buch XI. Soziale Pflegeversicherung § 41 Abs. 1 bis 3 hat jeder Pflegebedürftige
38 einen „Anspruch auf teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- und Nachpflege,
39 wenn häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann oder
40 wenn dies zur Ergänzung oder Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich ist. Die
41 teilstationäre Pflege umfasst auch die notwendige Beförderung des Pflegebedürftigen von
42 der Wohnung zur Einrichtung der Tagespflege oder der Nachpflege und zurück“.

43

44 Die Leistungsbeiträge richten sich hierbei nach der jeweiligen Pflegestufe, geregelt in SGB
45 Buch XI. Soziale Pflegeversicherung § 41 Abs. 2. Durch das zweite Pflegestärkungsgesetz
46 (PSG II) werden die Pflegestufen von gegenwärtig 3 auf 5 Pflegegrade erhöht und der
47 tatsächliche Unterstützungsbedarf für u.a. teil- und vollstationäre Pflege besser erfasst.

Antragsteller: **Bundeschvorsand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 3

Rentenniveau auf 50 Prozent gesetzlich festschreiben

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands fordert das Standardrentenniveau auf 50 Prozent gesetzlich
3 festzuschreiben und die Niveausicherungsklausel dementsprechend anzupassen. Die im
4 Jahr 2004 beschlossene Absenkung des Rentenniveaus wird – insbesondere vor dem
5 Hintergrund des demografischen Wandels und der zukünftig steigenden Anzahl von nur
6 niedrigen Renten - die Altersarmut verschärfen und die Lebensstandardsicherung im Alter
7 weiter gefährden.

8

9 Viele Bürgerinnen und Bürger vertrauen auf die gesetzliche Rente und sind finanziell nicht
10 in der Lage privat oder betrieblich vorzusorgen. Es kann nicht unser Anspruch sein, diese in
11 eine Mindestrente oder etwa in die Grundsicherung im Alter abrutschen zu lassen.

12

13

14 Hinweis:

15 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
16 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundsvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 4

Altersvorsorgepflicht für hauptberuflich Selbstständige

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, eine Altersvorsorgepflicht für alle
3 hauptberuflich Selbstständigen einzuführen. Hierbei soll eine Wahlmöglichkeit zwischen
4 gesetzlicher Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten eingeräumt werden.
5 Selbstständige ohne eine obligatorische Altersvorsorge sind einem besonderem
6 Altersarmutsrisiko ausgesetzt. Diese sollten daher in den Schutzbereich der gesetzlichen
7 Rentenversicherung oder anderer Versorgungswerke einbezogen werden.

8

9 Ein Vorteil der gesetzlichen Rentenversicherung wäre beispielsweise der Zugang zu
10 Erwerbsminderungsrenten. Gleichwohl müssen Lösungen evaluiert werden, die die
11 finanzielle Situation von kleinen Einkommen nicht weiter verschärfen.

12

13

14 Hinweis:

15 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
16 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Senioren-Union
Antrag an den 28. Bundesparteitag der CDU
Beschlussvorlage



Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 5

Belastung der schwächsten Versicherungsmitglieder durch Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen verhindern

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands setzt sich ein für eine Novelle des Gesetzes zur Weiterentwicklung
3 der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-
4 FQWG), um die mit dem Gesetz eingeführten einkommensabhängigen kassenindividuellen
5 Zusatzbeiträge nicht auf Auszubildende, Studenten, Alleinerziehende und Rentenbezieher
6 anzuwenden. Die Inklusion dieser stellt eine weitere Mehrbelastung dar, gerade von
7 kleinen Einkommen und Renten. Der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sollte nicht
8 auf dem Rücken der schwachen und schwächsten Versicherungsmitglieder erfolgen.

9

10

11 Hinweis:

12 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
13 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundesausschuss der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 6

Freibeträge auf Renteneinkünfte bei Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einführung von Freibeträgen auf
3 Renteneinkünfte bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus. Die
4 relativ hohe Anzahl von Beschäftigten im Niedriglohnbereich bewirkt schon heute und
5 zukünftig umso stärker einen Anstieg der Grundsicherungs- und
6 Erwerbsminderungsrentenempfänger. So waren beispielsweise im Jahr 2013 fast 500.000
7 Bürgerinnen und Bürger auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

8

9 Gestaffelte Freibeträge würden dazu beitragen, dass selbst die kleinsten Renten zu einem
10 Gesamteinkommen oberhalb der Grundsicherung führen. Eine solche Staffelung könnte
11 sich an den folgenden Eckpunkten orientieren:

12

- 13 ▪ ein Grundfreibetrag in Höhe von mindestens 100 Euro,
- 14 ▪ ein Freibetrag von 25 Prozent für Renteneinkünfte zwischen 100 und 300 Euro.

15

16

17 Hinweis:

18 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
19 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

20

21 **Problematik Erwerbsminderungsrente:**

22

- 23 • individuelle Berechnung der Hinzuverdienstgrenzen
- 24 • 4 verschiedene Erwerbsminderungsrenten mit jeweils unterschiedlichen
25 Hinzuverdienstgrenzen,
welche dynamisch an die Lohnentwicklung gekoppelt sind

Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 7

Einheitliches europäisches Asylrecht

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands fordert die Einführung eines einheitlichen Asylrechts in der
3 Europäischen Union als notwendige Weiterentwicklung - unter anderem - der Richtlinie
4 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die
5 Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten sowie der Richtlinie 2013/32/EU des
6 Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zum gemeinsamen Verfahren
7 für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes.

8

9 Eine Standardisierung nur der Asylverfahren auf europäischer Ebene ist unzureichend,
10 denn gerade die andauernde Flüchtlingskrise macht ein Asylrecht erforderlich, welches
11 auch die sozialstaatlichen Leistungen an Asylbewerber vereinheitlicht. Die
12 Hilfsbereitschaft einiger EU-Mitgliedsstaaten sollte nicht durch andere ausgenutzt
13 werden, indem die Qualität der materiellen Aufnahmebedingungen sowie die Quantität
14 der finanziellen Leistungen niedrig gehalten werden, um den Aufenthalt von
15 Asylbewerbern im eigenen Land möglichst unattraktiv zu gestalten und so einen
16 Weiterzug dieser in andere Mitgliedsstaaten indirekt zu fördern. Als ein weiteres Element
17 sind die gegenwärtigen, EU-weit unterschiedlichen Einstufungen der „sicheren
18 Herkunftsstaaten“ zu harmonisieren beziehungsweise zu standardisieren.

19

20 Es ist im Zuge eines EU-einheitlichen Asylrechts sicher zu stellen, dass alle
21 Mitgliedsstaaten die gleichen Qualitäts- und Leistungsstandards für Asylbewerber
22 erfüllen. Wer als Asylbewerber nach Europa kommt, sollte nicht ein EU-Durcheinander
23 erleben, sondern gleiche Standards bei Verfahrensprozessen und der Inanspruchnahme
24 von sozialstaatlichen Leistungen erfahren.

25

26

27 Hinweis:

28 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
29 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundeschvorsand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 8

Einrichtung von Integrationskursen zur rechtstaatlichen und gesellschaftlichen Grundordnung

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einrichtung von Integrationskursen aus, welche
3 sowohl anerkannten Asylanten als auch Asylbewerbern unser nationales und europäisches
4 Verständnis von Demokratie und Gleichberechtigung vermitteln. Die Verpflichtung zu
5 Integrationskursen, welche insbesondere die Vermittlung von Rechtstaatlichkeit,
6 Gleichberechtigung und freiheitlich-demokratischer Grundordnung zum Ziel haben, kann
7 für eine erfolgreiche Integration einen wertvollen Beitrag leisten.

8

9 Wir benötigen kein „Multikulti“ und keine übertriebene Toleranz, sondern ein klares
10 Bekenntnis zu den europäischen Werten und unserer freiheitlich-demokratischen
11 Grundordnung. Denn ein solches Bekenntnis wirkt identitätsstiftend und stärkt das
12 Zugehörigkeitsgefühl.

13

14 Ein Schwur auf das deutsche Grundgesetz, wie in anderen Ländern - mit tradierter
15 Einwanderungserfahrung - auf die jeweilige Verfassung eine Selbstverständlichkeit, würde
16 nach innen und außen die Integrationswilligkeit fördern.

17

18

19 Hinweis:

20 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
21 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

22

23 Nicht alle Asylbewerber können bei uns bleiben und nicht alle, denen Asyl gewährt wurde,
24 werden dauerhaft hier leben und arbeiten. So erhoffen sich viele Menschen, zum Beispiel
25 aus Syrien, eine Rückkehr in ihre Heimat. Doch auch ein nur temporärer Aufenthalt in
26 Deutschland oder anderen EU-Mitgliedsstaaten, bedeutet nicht, dass das jeweilige Recht
27 und Gesetz missachtet oder untergeben werden darf. Und so bleibt es zu verhindern, dass
28 Räume entstehen, in denen deutsches Recht in Deutschland keine Geltung hat.

29 Auch wenn die christliche Kulturgeschichte die Grundlage unseres Werteverständnisses
30 darstellt, ist jede Religion in Deutschland eine Religion unter vielen – so auch der Islam,
31 welcher sich den Regeln unseres Zusammenlebens in einer offenen, freien und säkularen
32 Gesellschaft unterordnen muss.

Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 9

Förderung der Schaffung von geeignetem Wohnraum für ältere Menschen

1 Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

2 Die CDU Deutschlands setzt sich ein für die Erweiterung von Förderprogrammen /
3 -maßnahmen zur Schaffung von geeignetem und barrierefreiem Wohnraum für ältere
4 Menschen. Auf die stetig alternde Gesellschaft haben sich Deutschlands Vermieter bislang
5 noch zu wenig eingestellt. Doch unser Ziel sollte es sein, ältere Menschen zu unterstützen,
6 damit sie möglichst lange selbstständig in ihren eigenen und somit vertrauten vier
7 Wänden leben können. Dazu gehört auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und
8 den Zugang zum sozialen Umfeld zu ermöglichen.

9
10 Die Fördermöglichkeiten zur Schaffung von geeignetem Wohnraum sind vielfältig –
11 angefangen von baulichen Konzepten über Quartierskonzepte bis hin zum betreuten
12 Wohnen. Doch auch einzelne Anpassungsmaßnahmen sollten gezielt gefördert werden.
13 Hierzu zählen beispielsweise die Errichtung von barrierefreien Haus- und
14 Wohnungszugängen mit Rollstuhlrampen, die Verbreiterung von Türen sowie die
15 Ausstattung von Sanitäranlagen mit bodengleichen Duschen oder der Anbau eines
16 Fahrstuhls am Wohngebäude.

17 All dies sind nicht nur bauliche Maßnahmen für ein auf die Bedürfnisse und Anforderungen
18 älterer Menschen angepasstes Wohnen – es handelt sich immer auch um ein Mehr an
19 Lebensqualität.

20

Hinweis:

22 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
23 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

24

Antragsgrundlage:

- 26 • Antrag C 12 der 15. Bundesdelegiertenversammlung 2014 in Schwerin, mit dem
27 Titel „Rechtsanspruch auf altersgerechtes und barrierefreies Wohnen“

Antragsteller: **Bundsvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 10

Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge verbessern

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Die CDU Deutschlands setzt sich bei der anstehenden Betriebsrentenreform 2016 dafür
3 ein, die im Jahre 2004 eingeführte Beitragspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung auf
4 Betriebsrenten wieder abzuschaffen, um so die Attraktivität der betrieblichen
5 Altersvorsorge erheblich zu verbessern. Dies soll gleichermaßen für Pflichtversicherte wie
6 freiwillig Versicherte gelten und auch Direktversicherungen miteinbeziehen.

7

8 Eine rückwirkende Regelung oder Erstattung für nach bisheriger Regelung (seit 2004)
9 getätigte Beiträge ist hierbei vollständig auszuschließen.

10

11 Insbesondere mit Blick auf die vor uns liegenden demografischen Herausforderungen, ist
12 die betriebliche Altersvorsorge als eine der drei Säulen des deutschen Rentensystems zu
13 fördern und zu stärken. Der Entfall der Beitragspflicht zur Kranken- und
14 Pflegeversicherung kann hier einen wertvollen Anreiz darstellen, mehr Arbeitnehmerinnen
15 und Arbeitnehmer für eine betriebliche Altersvorsorge zu gewinnen.

16

17

18 Hinweis:

19 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
20 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

21

22 Relevanz / Notwendigkeit:

- 23 • Für 2016 anstehende Novellierung des Betriebsrentengesetzes (Gesetz zur
24 Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung - BetrAVG)

Senioren-Union
Antrag an den 28. Bundesparteitag der CDU
Beschlussvorlage



Antragsteller: **Bundeschvorsand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 11

Schwerpunkt der Parteireform: ältere Generation stärker berücksichtigen

1 Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

2 Der Antrag des Bundesvorsands der CDU Deutschlands „Meine CDU 2017. Die
3 Volkspartei.“ wird unter Punkt „22. Unsere Ziele“ in Zeile 296 wie folgt ergänzt: „Einen
4 besonderen Schwerpunkt setzen wir dabei auf junge Menschen, **die ältere Generation,**
5 Frauen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte“.

6

7 Die CDU gewann und gewinnt in Zukunft nur dann Wahlen, wenn sie mehrheitlich auch
8 von der älteren Generation unterstützt wird. Dieser Zusammenhang dürfte sich in Zukunft
9 mit Blick auf die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft weiter verstärken. Ohne
10 die Stimmen der Älteren gewinnt keine Partei künftig eine Wahl. Ziel der CDU sollte es
11 daher sein, schon in den laufenden Legislaturperioden und somit weit vor Einsetzen von
12 Wahlkämpfen ältere Menschen anzusprechen, denn die ältere Generation ist die größte
13 und damit besonders relevante gesellschaftliche Gruppe für die CDU.

14

15 Mit dieser Maßnahme kann ein großes ungenutztes Potential von Mitgliedern und
16 Sympathisanten der Vereinigungen und Sonderorganisationen besser ausgeschöpft
17 werden.

18

19

Hinweis:

21 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
22 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundeschvorsand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 12

Durchföhrung einer Mitgliederstrukturanalyse

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Der Antrag des Bundesvorsands der CDU Deutschlands „Meine CDU 2017. Die
3 Volkspartei.“ wird dahingehend ergänzt, dass eine Mitgliederstrukturanalyse durchgeführt
4 werden soll.

5 Es ist Realität, dass Parteien für die Bürgerinnen und Bürger längst nicht mehr alleinige
6 beziehungsweise erste Wahl sind, wenn es um das aktive Mitmachen geht. Die Funktion
7 der Interessenbündelung ist für die Parteien komplexer geworden, die Konkurrenz
8 zwischen Parteien und anderen Politikanbietern (vor allem Bürgerinitiativen, neuen
9 sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen), um diejenigen, die sich
10 engagieren wollen, hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Vor diesem
11 Hintergrund sind die Ziele, die CDU zu modernisieren, attraktiver aufzustellen und die
12 Bedürfnisse der Mitglieder stärker zu berücksichtigen, richtig und ein positives Signal an
13 die gesamte Mitgliedschaft.

14
15 Ein Beispiel: Die SPD hat 2010/2011 eine umfassende Parteireform geplant und auf den
16 Weg gebracht, welche durchaus beispielgebend sein könnte. Im Vorfeld dieser Reform
17 hatte die Parteiföhrung einen umfangreichen Fragebogen an ihre Gliederungen verschickt,
18 um sich einen umfassenden Überblick über das Binnenleben der Partei zu verschaffen. Die
19 Ergebnisse sind bekannt und waren überwiegend ernüchternd. Durchaus positiv war
20 jedoch die relativ gute Rücklaufquote aus den Ortsvereinen von rund 44 Prozent.

21
22 Mit Blick auf die CDU sollte gelten: Insbesondere die Arbeit, die Strukturen und die
23 Rahmenbedingungen der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie ihre
24 Zusammenarbeit mit der Mutterpartei sollten eingehend untersucht werden. Wichtig

25 wäre, genau zu prüfen, wie man Mitglieder beziehungsweise Sympathisanten der CDU in
26 den Vereinigungen und Sonderorganisationen motivieren kann, sich stärker als bislang in
27 die politische Arbeit einzubringen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es hier ungenutzte
28 Potentiale gibt, ist hoch. Von zentraler Bedeutung für den gemeinsamen Erfolg wird sein,
29 den persönlichen Nutzen einer CDU-Mitgliedschaft und den in einer Vereinigung oder
30 Sonderorganisation künftig wieder stärker erkennbar zu machen.

31

32

33 Hinweis:

34 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
35 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundsvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 13

Eine Partiereform muss auch die Vereinigungen stärken

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Der Antrag des Bundsvorstands der CDU Deutschlands „Meine CDU 2017. Die
3 Volkspartei“ wird dahingehend überarbeitet, dass die Rolle und Bedeutung der
4 Vereinigungen für die CDU viel stärker betont werden muss. Vereinigungen sind zudem
5 keine „Netzwerke“, wie es fälschlicherweise formuliert wird, sondern Brücken zu
6 verschiedenen gesellschaftlichen Zielgruppen und somit elementare Bestandteile der
7 Volkspartei CDU.

8

9 Bestandteil der Partiereform soll zudem auch eine personelle Stärkung und politische
10 Aufwertung der Vereinigungen sein: Die Verfahrensordnung der CDU bzw. der CDU-
11 Landesverbände zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Landeslisten /
12 Landesreservelisten zu den Landtagswahlen und zur Bundestagswahl wird deshalb
13 dahingehend geändert, dass die Vereinigungen und ihre Spitzenkandidaten in besonderem
14 Maße Berücksichtigung finden; ein eigener Wahlkreis der Vereinigungskandidaten ist
15 dabei ausdrücklich keine Voraussetzung oder Notwendigkeit für einen aussichtsreichen
16 Listenplatz.

17

18 Die Vereinigungen gehören zur CDU wie die Butter zum Brot. Eine politische Aufwertung
19 ist notwendig und kann dabei helfen, Mitglieder bzw. Sympathisanten der CDU in den
20 Vereinigungen zu motivieren, sich stärker als bislang in die politische Arbeit einzubringen.
21 Die Wahrscheinlichkeit, dass es hier brachliegende Potenziale gibt, ist hoch. Die
22 Vereinigungen sollen ja auch in Zukunft „Brücken“ der CDU zu den verschiedenen
23 gesellschaftlichen Gruppen sein. Diese Brücken muss die CDU pflegen und weiter stärken.

24

25

26 **Zum Antrag der Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen folgende Hinweise:**

27

- 28
 - Die Vereinigungen und Sonderorganisationen sind in dem Antrag des
- 29 Bundesvorstands der CDU „Meine CDU 2017. Die Volkspartei.“ in mehrfacher
- 30 Hinsicht vertreten und werden als unverzichtbare Netzwerke und Brücken der

31 Volkspartei gewürdigt. Die Kritik an der Terminologie des Antrags ist daher
32 ungerechtfertigt.

33

34

35 ■ Beispielsweise werden die Vereinigungen und Sonderorganisationen in den
36 Punkten 47. und 55. thematisiert:

37

38 Punkt 47.:

39 „Wir setzen auch künftig auf starke **Vereinigungen und Sonderorganisationen**
40 der CDU als **unverzichtbares Netzwerk im vorpolitischen Raum**. Sie haben in
41 doppelter Hinsicht eine **Brückenfunktion für die Volkspartei CDU**: Sie
42 bündeln und vertreten die Interessen wichtiger Gruppen unserer Gesellschaft
43 in der CDU. Gleichzeitig werben sie in diesen Gruppen und bei ihren
44 Mitgliedern aktiv für die Werte und Positionen der CDU und die Mitgliedschaft
45 in der Partei.“

46

47 Punkt 55.:

48 „Wir wollen die Zusammenarbeit der Vereinigungen und Sonderorganisationen
49 mit den Verbänden der CDU verstärken. Dazu gehören zum Beispiel mehr
50 gemeinsame Veranstaltungen. Die Geschäftsstellen der CDU unterstützen die
51 Arbeit der Vereinigungen und Sonderorganisationen im Rahmen ihrer
52 Möglichkeiten.

53 Es ist ein besonderes Angebot von Vereinigungen und Sonderorganisationen,
54 **Mitgliedschaften** auch **unabhängig von einer CDU-Mitgliedschaft** zu
55 ermöglichen. Wir wollen den Anteil der **CDU-Mitglieder und der Mitglieder**
56 **der Vereinigungen und Sonderorganisationen wechselseitig deutlich**
57 **erhöhen**. Wir treten mit aller Entschiedenheit Versuchen entgegen,
58 bestehende Mitgliedschaften in jeweils alleinige Mitgliedschaften der Partei
59 oder von Vereinigungen zu verwandeln.“

60

61

62 ■ Darüber hinaus bleibt folgendes zu konstatieren: die im Antrag der
63 Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen geforderte Bevorzugung von Kandidaten
64 der Vereinigungen auf CDU-Wahllisten richtet sich gegen einen fairen, freien und
65 demokratischen Wettbewerb aller potentiellen Kandidaten untereinander.

66

67

68 Hinweis:

69 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
70 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 14

Änderungen bzgl. des Antrags „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“

1 **Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:**

2 Der Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands „Zusammenhalt stärken –
3 Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ wird wie folgt geändert:

4

5 Einfügen in Zeile 33 nach Satzabschluss:

6 „Leistungen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft,
7 Politik und Ehrenamt müssen besser als bisher erkannt, genutzt und gefördert werden.

8 Unser Ziel ist eine Generationenpolitik, die es älteren Menschen erlaubt, möglichst lange
9 ein aktives, eigenverantwortliches und unabhängiges Leben in Familie und Gesellschaft zu

10 führen, ohne die nachwachsenden Generationen in Daseins- und Zukunftsgestaltung zu
11 beeinträchtigen. Generationengerechtigkeit ist für uns von besonderem Wert.“

12 Begründung:

13 Die zunehmende Bedeutung und Wertigkeit der immer älter werdenden Generation wird
14 in der Familien- und Sozialpolitik zu wenig berücksichtigt.

15

16

17 Streiche in Zeile 116:

18 „ein Nachbar, mit dem man sich duzt“

19 Ersetze durch:

20 „eine gut funktionierende Nachbarschaft“

21 Begründung:

22 Für eine gut funktionierende Nachbarschaft ist ein gegenseitiges Duzen nicht zwingend
23 erforderlich. Auch ein nicht so vertrauter Nachbar kann den gewünschten Effekt erzielen.

24

25 Streiche in Zeile 180 - 181:

26 „und damit gehört inzwischen auch der Islam zu unserem Land“

27 Streiche in Zeile 183 – 186:

28 „Die Freiheit der Religionsausübung der Muslime in unserem Land muss gegen
29 islamistische Tendenzen auch in Zukunft nachdrücklich verteidigt werden.“

30 Begründung:

31 Der Islam sollte gegenüber anderen Religionsgemeinschaften nicht privilegiert werden.
32 Die Verteidigung der Freiheit der Religionsausübung gilt für alle Religionsgemeinschaften
33 gleichermaßen.

34

35

36 Streiche in Zeile 187 – 188:

37 „, wie er sich heute national und international besonders als radikaler Islamismus zeigt,“

38 Begründung:

39 Religiöser Fanatismus findet sich nicht nur im Islam. Jede Art von Fanatismus gefährdet
40 und zerstört Frieden und Freiheit.

41

42

43 Streiche in Zeile 225 – 226:

44 „ebenso wie die räumliche Ausgrenzung von älteren Menschen oder Menschen mit
45 Behinderung“

46 Begründung:

47 In diesem Zusammenhang ist die Erwähnung von älteren Menschen und Menschen mit
48 Behinderung nicht sinnhaft. Es bestand und besteht keine Veranlassung, bei diesen
49 Personengruppen von Ausgrenzung bzw. Ghettoisierung in Bezug auf Wohnquartiere zu
50 schreiben.

51

52

53 Streiche in Zeile 499 – 501:

54 „, der den Generationenvertrag als Grundlage für unsere umlagefinanzierten
55 Sozialsysteme erheblich strapaziert“

56 Begründung:

57 Der demographische Wandel sollte nicht negativ als „Strapaze“ für das Sozialsystem
58 bezeichnet werden. Vielmehr muss gelten: Die ältere Generation ist Gewinn, nicht Last für
59 die Gesellschaft.

60

61

62 Hinweis:

63 In der Antragsmappe zum 28. BPT werden die Begründungen nicht abgedruckt, daher ist
64 die Begründung in den Antragstext integriert worden.

65

66

67

68 **Siehe auch:**

- 69 • **Anlage dieses Antrages zur besseren Übersicht der Änderungen im**
70 **Originalantrag „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft**
71 **gestalten“**

Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an
den 28. Parteitag am 14./15. Dezember 2015 in Karlsruhe

Zu o.g. Antrag schlage ich folgende Änderungen vor:

bisheriger Text:

29 Für die CDU steht der Mensch im Mittelpunkt. Er hat die Freiheit,
30 sein eigenes Leben verantwortlich zu gestalten. Gleichzeitig ist es
31 unsere Überzeugung, dass sich der Mensch nur in der Gemeinschaft
32 voll entfalten kann. Familien sind das Rückgrat unseres
33 gesellschaftlichen Zusammenhalts, Kinder unsere Zukunft.

einfügen hinter Zeile 33:

33a Leistungen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft,
33b Gesellschaft, Politik und Ehrenamt müssen besser als bisher erkannt,
33c genutzt und gefördert werden. Unser Ziel ist eine Generationenpolitik,
33d die es älteren Menschen erlaubt, möglichst lange ein aktives,
33e eigenverantwortliches und unabhängiges Leben in Familie und
33f Gesellschaft zu führen, ohne die nachwachsenden Generationen in
33g Daseins- und Zukunftsgestaltung zu beeinträchtigen.
33h Generationengerechtigkeit ist für uns von besonderem Wert.

Begründung:

Die zunehmende Bedeutung und Wertigkeit der immer älter werdenden Generation wird in der Familien- und Sozialpolitik zu wenig berücksichtigt.

bisheriger Text:

112 Zusammenhalt braucht Sicherheit und schafft Sicherheit. Wo
113 Menschen sich in ihrem unmittelbaren räumlichen Umfeld kennen
114 und regelmäßig miteinander sprechen, gewähren sie sich
115 gegenseitig Schutz. Polizeiberichte bestätigen: Der beste Schutz
116 gegen Einbrüche ist ein Nachbar, **mit dem man sich duzt.**
117 Zivilcourage und eine Kultur des Hinschauens sind wesentliche
118 Elemente der Prävention.

Neufassung:

116 gegen Einbrüche ist eine gut funktionierende Nachbarschaft.

Begründung:

Für eine gut funktionierende Nachbarschaft ist ein gegenseitiges Duzen nicht zwingend erforderlich. Auch ein nicht so vertrauter Nachbar kann den gewünschten Effekt erzielen.

bisheriger Text:

180 Die bei uns lebenden Muslime sind heute ein Teil Deutschlands **und**
181 **damit gehört inzwischen auch der Islam zu unserem Land.** Die
182 Deutsche Islamkonferenz soll daher fortgesetzt werden, um das
183 Verhältnis von Staat und Religion für den Islam zu gestalten. **Die**
184 **Freiheit der Religionsausübung der Muslime in unserem Land muss**
185 **gegen islamfeindliche Tendenzen auch in Zukunft nachdrücklich**
186 **verteidigt werden.**

Neufassung:

180 Die bei uns lebenden Muslime sind ~~heute~~ ein Teil Deutschlands. ~~und~~
~~181 damit gehört inzwischen auch der Islam zu unserem Land.~~ Die
182 Deutsche Islamkonferenz soll ~~daher~~ fortgesetzt werden, um das
183 Verhältnis von Staat und Religion für den Islam zu gestalten. ~~Die~~
~~184 Freiheit der Religionsausübung der Muslime in unserem Land muss~~
~~185 gegen islamfeindliche Tendenzen auch in Zukunft nachdrücklich~~
~~186 verteidigt werden.~~

Begründung:

Der Islam sollte gegenüber anderen Religionsgemeinschaften nicht privilegiert werden. Die Verteidigung der Freiheit der Religionsausübung gilt für alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen.

bisheriger Text:

187 Religiöser Fanatismus, **wie er sich heute national und international**
188 **besonders als radikaler Islamismus zeigt,** zerstört Frieden und
189 (Religions-)Freiheit. Abwehr von religiösem Fanatismus und
190 Akzeptanz religiöser Vielfalt sind zwei Seiten einer Medaille im
191 Verhältnis von Staat, Politik und Religion – sie richten sich als
192 Forderung an den Staat ebenso wie an die Menschen. Das friedliche

Neufassung:

187 Religiöser Fanatismus, ~~wie er sich heute national und international~~
~~188 besonders als radikaler Islamismus zeigt,~~ zerstört Frieden und
189 (Religions-)Freiheit. Abwehr von religiösem Fanatismus und
190 Akzeptanz religiöser Vielfalt sind zwei Seiten einer Medaille im
191 Verhältnis von Staat, Politik und Religion – sie richten sich als
192 Forderung an den Staat ebenso wie an die Menschen. Das friedliche

Begründung:

Religiöser Fanatismus findet sich nicht nur im Islam. Jede Art von Fanatismus gefährdet und zerstört Frieden und Freiheit.

bisheriger Text:

222 Die soziale Infrastruktur muss auf die Herausforderungen der
223 Einwanderungsgesellschaft zugeschnitten werden: Ghettoisierung
224 von Menschen mit ausländischen Wurzeln in Wohnraum ohne
225 soziale Anbindung führt **ebenso wie die räumliche Ausgrenzung von**
226 **älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung** zu einer
227 Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

Neufassung:

222 Die soziale Infrastruktur muss auf die Herausforderungen der
223 Einwanderungsgesellschaft zugeschnitten werden: Ghettoisierung
224 von Menschen mit ausländischen Wurzeln in Wohnraum ohne
225 soziale Anbindung führt ~~ebenso wie die räumliche Ausgrenzung von~~
~~226 älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung~~ zu einer
227 Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

Begründung:

In diesem Zusammenhang ist die Erwähnung von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung nicht sinnhaft. Es bestand und besteht keine Veranlassung, bei diesen Personengruppen von Ausgrenzung bzw. Ghettoisierung in Bezug auf Wohnquartiere zu schreiben.

bisheriger Text:

493 Mit der Entscheidung für Familie sind immer noch Einbußen im
494 Hinblick auf größeren materiellen Wohlstand, ungehindertes
495 berufliches Fortkommen und manche persönliche Freiheit
496 verbunden. Eltern erbringen jedoch mit der Erziehung ihrer Kinder,
497 erwachsene Kinder mit der Versorgung ihrer Eltern im Alter eine
498 große Leistung für das Gemeinwohl. Dies gilt besonders in Zeiten
499 des demografischen Wandels, **der den Generationenvertrag als**
500 **Grundlage für unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme erheblich**
501 **strapaziert**. Als CDU wollen wir den Wert von Familie und

Neufassung:

493 Mit der Entscheidung für Familie sind immer noch Einbußen im
494 Hinblick auf größeren materiellen Wohlstand, ungehindertes
495 berufliches Fortkommen und manche persönliche Freiheit
496 verbunden. Eltern erbringen jedoch mit der Erziehung ihrer Kinder,
497 erwachsene Kinder mit der Versorgung ihrer Eltern im Alter eine
498 große Leistung für das Gemeinwohl. Dies gilt besonders in Zeiten
499 des demografischen Wandels, ~~der den Generationenvertrag als~~
~~500 Grundlage für unsere umlagefinanzierten Sozialsysteme erheblich~~
~~501 strapaziert~~. Als CDU wollen wir den Wert von Familie und

Begründung:

Der demographische Wandel sollte nicht negativ als „Strapaze“ für das Sozialsystem bezeichnet werden. Vielmehr muss gelten: Die ältere Generation ist Gewinn, nicht Last für die Gesellschaft.

Claus Bernhold
stellv. Landesvorsitzender
Senioren-Union CDU Baden-Württemberg